

Der Bürgermeister nahm einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt wie folgt Stellung:

Kommen wir nun zum Antrag "Sankt Augustin wird klimaneutral".

Im Kontext dieses Antrages gab es auch eine Anfrage der CDU-Fraktion. Die Antwort der Verwaltung habe ich am Montag freigegeben, da ich diese Informationen den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern vor den jeweiligen Vorbesprechungen zukommen lassen wollte. Gerne hätte ich dieser Beantwortung noch einige Gedanken hinzugefügt - dies tue ich nun mit diesen einleitenden Worten.

Meine Damen und Herren, Umwelt- und Klimaschutz ist dieser von mir geführten Verwaltung äußerst wichtig. Um dies deutlich zu machen, zitiere ich nun 6 Punkte aus einem in 2020 veröffentlichten Dokument:

(1) Das Ziel [...] ist, dass die Stadt Sankt Augustin bis 2035 in ihren eigenen Zuständigkeiten klimaneutral wird. Gleichzeitig soll sie alle sinnvollen Voraussetzungen schaffen, damit dies der Stadt insgesamt gelingt.

(2) Die Stadt und städtische Gesellschaften beziehen zu 100 % Ökostrom. Für den Bezug von Gas soll dies ebenfalls erfolgen.

(3) Alle städtischen Gebäude werden im Hinblick auf Energieeffizienz und Energieeinsparung möglichst weitgehend saniert.

(4) Auf allen städtischen Gebäuden werden wo möglich Photovoltaik-Anlagen installiert.

(5) Die Beschaffung von E-Fahrzeugen für den städtischen Fuhrpark hat grundsätzlich Vorrang vor Diesel- und Benzinfahrzeugen.

(6) Ein betriebliches Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung mit attraktiven Angeboten (Job-Ticket, JobRad) soll kurzfristig entwickelt werden.

Meine Damen und Herren, ich spreche zu Ihnen allen, aber ich glaube, dass insbesondere eine Fraktion die Formulierungen wiedererkannt hat. Denn die genannten 6 Punkte stammen aus dem Dokument "Sankt Augustin geht grüner! Programm zur Stadtratswahl 2020" von Bündnis 90 / Die Grünen. Es sind die Punkte aus dem Dokument, die sich auf das Stichwort "Stadtverwaltung klimagerecht" beziehen. Ich gebe hier ganz bewusst zu Protokoll:

Meine persönliche Überzeugung entspricht Wort für Wort den gerade zitierten sechs Punkten.

Dem derzeit vorliegenden Antrag kann ich gemäß den Ausführungen der Verwaltung nicht zustimmen. Aber ich biete Ihnen an: Wenn Sie Ihren Beschlusstext gegen die zitierten sechs Punkte austauschen, dann werde ich begeistert dafür stimmen und ich werde die Umsetzung aus Überzeugung unterstützen.

Er wolle mit diesem kurzen Vortrag keinen Konflikt vom Zaune brechen, sondern ganz

im Gegenteil, er habe dies in gutem Glauben mit der Intention vorgetragen, dass sie dieses, für sie alle so wichtige Thema gemeinsam voran bringen können.

Herr Metz betonte, dass Klimaschutz eine Zukunftsaufgabe sei und es stelle sich die Frage „kommen wir ans Handeln“. In Sankt Augustin sei auch bereits einiges auf den Weg gebracht worden. Er führte hier den Fahrplan für Umwelt und Klimaschutz von 2007 und das Klimaschutzkonzept von 2018 an. Das Ziel, das Wort sei „klimaneutral“. „Klimaneutral“ müsste in diesem Zusammenhang eigentlich „treibhausneutral“ heißen, dies sei ihnen bewusst. In dem Klimaschutzkonzept von 2018 sei eigentlich eine Evaluation für 2021 oder 2022 vorgesehen gewesen und erst auf ihren Antrag hin seien dafür jetzt explizite Mittel bereitgestellt worden, um dieses Konzept aus 2018 evaluieren zu können. Jetzt käme der Beschlussvorschlag mit dem konkreten Ziel, 2035 klimaneutral und die Frage welche Zwischenschritte sind möglich. Zwischenschritte würden messbar machen und motivieren. Diese Zwischenschritte hätten den Beschlüssen aus 2007 und 2018 gefehlt. Zwischenschritte aufgrund derer konkreter zeitlicher Handlungsdruck aufgebaut werden kann. Er äußert in diesem Zusammenhang seine Verwunderung über die Anfragenbeantwortung der Verwaltung und erläuterte nochmal kurz den vorliegenden Antrag. Er trug dabei zahlreiche Beispiele von öffentlichen Gebäuden vor, die bereits jetzt klimaneutral sind bzw. dies in den nächsten Jahren anstreben. Auch Sankt Augustin könne dies. Sie wollten Geld in die Hand nehmen, etwas für den Klimaschutz tun und wirklich Vorbild sein. Die Verwaltung solle in den Prozess gehen und wenn sie der Politik dann wirklich nachweise, dass das erst 2032 möglich sei oder erstmal ohne die ZABA oder ähnliches, dann würden sie diesen Beschluss korrigieren. Sie wollten ganz bewusst hier als Kooperation Zwischenziele formulieren, um dieses wichtige Thema nach vorne zu bringen. Sie wollten keinen Sankt Augustiner Exzeptionalismus machen, sondern sich im Gegenteil an dem orientieren, was wo anders auch schon geht, was man in vier Jahren erreicht und sich für 2030 sogar Bund und Land als Ziel gesetzt hätten. Sankt Augustin sollte sich da auch anschließen.

Der Bürgermeister betonte, dass er seit Amtsantritt viele Themen zum Umwelt- und Klimaschutz mitangestoßen und forciert habe. Er führte u.a. die Themen, Fernwärmegebiet am Butterberg, Radpendlerroute, Jobticket als Kernelement des betrieblichen Mobilitätsmanagements und den Umweltschutz in der Grünen Mitte an, für die er sich persönlich einsetze und die er vorantreibe.

Frau Jung unterstrich die Aussagen des Bürgermeisters. Er sei der Bürgermeister, der sich bereits in den ersten Monaten wahnsinnig für den Klimaschutz engagiert habe und sie bewundere sehr, wie er dies alles vorantreibe. Sie sei über das dargestellte Horrorszenario aufgrund ihres Antrages sehr erschüttert gewesen. Sie hätte das Gefühl gehabt, dass ihr Antrag von anderen so interpretiert worden wäre, als wollten sie jetzt die ganze Stadt abreißen. Sie glaube, dass die Anfrage zu ihrem Antrag insgesamt sehr übertrieben beantwortet worden sei und verwies auf die Ausführungen von Herrn Metz. Der Antrag der Kooperation sei ein flexibler Antrag, der aber Zeichen setze in eine Zukunft, wo etwas getan werden soll. Sie appellierte, diesem Antrag eine Chance zu geben und sich nicht von Horrorszenarien leiten zu lassen. Die Haushaltssituation der Stadt Sankt Augustin sei ihnen bekannt und sie gingen damit maßvoll um.

Herr Knülle lobte die exzellente Art und Weise, in der Herr Metz die Intention des vorliegenden Antrag dargestellt habe. Er könne die Ausführungen von Herrn Metz nur unterstreichen. Er bat den Bürgermeister um Erläuterung des Satzes aus der Beantwortung der Anfrage der CDU-Fraktion „Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die lokalpolitischen Entscheidungen nicht zu erschüttern, sollten die im oben genannten Antrag vorgegebenen Klimaziele nicht beschlossen werden, da nicht sichergestellt ist, wie sie zu erreichen sind.“

Der Bürgermeister erklärte, dass die Verwaltung den vorliegenden Antrag so interpretiert habe, dass wenn die Klimaneutralität 2025 beschlossen würde, dann so die Analyse der Verwaltung, wäre dies nur durch einen Neubau des Rathauses möglich. Wenn dies die Konsequenz und die Implikation dieses Antrages gewesen wäre, dann hätte er größte Bedenken gehabt. So sollte dieses Beantwortung zu verstehen sein.

Frau Feld-Wielpütz reflektierte die Sitzung des letzten Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses in die dieser Antrag ursprünglich eingebracht und diskutiert wurde. Der Antrag der CDU-Fraktion würde deutlich machen, dass sie mehr als nur eine Schnittmenge hätten, sondern sehr stark übereinkämen, aber vor dem Hintergrund der Fragen der CDU-Fraktion hätte der Bürgermeister entsprechend antworten müssen. Der Rat hätte einen Anspruch, dass seine Beschlüsse so umgesetzt würden und wenn das im Antrag der Kooperation so drin stehe und dies so beschlossen würde, dann müsse die Verwaltung das umsetzen und morgen beginnen dafür Personal einzustellen. Man müsse doch wissen, was genau man der Verwaltung vorgebe. In diesem Zusammenhang habe der CDU-Fraktion die Klarheit des Antrages der Kooperation gefehlt. Alle hätten verstanden, dass etwas getan werden müsse. Sie beantragte eine Sitzungsunterbrechung in der die Fraktionen mit dem Bürgermeister zusammen nochmal eruieren, was die einzelnen Vorschläge letztendlich beinhalten.

Pause und Sitzungsunterbrechung von 20.21 Uhr bis 20.51 Uhr.

Der Bürgermeister bedankte sich für die in der Pause geführten guten Gespräche. Seine zentrale Sorge, für einen riesigen Geldbetrag 2025 durch diesen Beschluss verpflichtet zu werden CO₂-Zertifikate kaufen zu müssen, sei ihm in der Pause genommen worden. Dies stimme ihn sehr positiv.

Herr Lienesch dankte für die guten Gespräche und schlug vor, den gemeinsamen Antrag von SPD, Grüne und FDP in Punkt 1 dahingehend zu ändern, dass „fest vorgegeben“ durch „angestrebt“ ersetzt wird und aus dem CDU-Antrag der Absatz 2 von Punkt 1 (Beteiligung der Bürger*innen) dem Kooperationsantrag als Punkt 5 angefügt wird. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe aus dem CDU-Antrag werde nicht zum Antrag erhoben, sondern dass die Verwaltung sich vielleicht bereiterklären könne, dies von sich aus zu machen.

Herr Metz bestätigte, dass Herr Lienesch die Einigung der Fraktionen vollständig wiedergeben habe. Als Kooperation sei es ihnen wichtig ein klares Zeichen zu setzen, dass es nach vorne gehe mit messbaren festen Zwischenzielen. Sie würden sich freuen, dass sie heute ein gutes Signal für den Klimaschutz in Sankt Augustin setzen könnten.